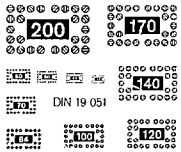

POLITIK

Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik

SPD

-648

Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik

Beschlüsse des Parteitages der SPD
Bremen, 28.–31. Mai 1991

Inhalt

	Seite
In Frieden leben	3
Zur Reform der Vereinten Nationen	5
Grundzüge einer neuen Friedensordnung im Nahen Osten	6
Europapolitische Perspektiven der SPD	8

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek
C91-648

In Frieden leben

1. Deutschland hat im Zuge der von Willy Brandt eingeleiteten Entspannungspolitik unerwartet rasch seine staatliche Einheit gefunden. Die Vier Mächte haben ihre aus Krieg und Niederlage Deutschlands stammenden Vorbehaltsrechte aufgegeben. In Vertragsrecht überführte Sonderrechte der drei Westmächte müssen noch durch Verhandlungen aufgehoben werden. Für Deutschland müssen im westlichen Bündnis die gleichen Rechte und Pflichten gelten wie für alle anderen Bündnispartner.

2. Mit dem Abbau des Ost-West-Konflikts und der Beendigung der deutschen Teilung kommen auf die Bundesrepublik neue friedenspolitische Aufgaben zu. Wir wollen uns im Rahmen der EG und im Rahmen der Vereinten Nationen an der Herstellung internationaler Stabilität beteiligen und dazu beitragen, daß Konflikte zwischen den einzelnen Nationen durch eine politisch und finanziell gestärkte UNO beigelegt werden können.

Wir wollen sowohl national als auch im UNO-Rahmen Investitionen in die zivile Infrastruktur von Krisenregionen fördern, damit Kriege durch Maßnahmen einer vorbeugenden Friedenssicherung wirksamer verhindert werden können.

3. Frieden wird es so lange nicht geben, wie zahlreiche Völker Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung der Menschenrechte erleiden und das Selbstbestimmungsrecht nicht ausüben können.

Auch aus eigenen Sicherheitsinteressen wird die Überwindung des Nord-Süd-Konfliktes immer drängender. Internationale Zusammenarbeit, Abrüstung und Nord-Süd-Solidarität müssen Verfassungsrang erhalten.

Die SPD will durch wirtschaftliche Kooperation, durch Hilfe zur Selbsthilfe, durch Änderung der internationalen Rahmenbedingungen für die Finanz-, Währungs- und Handelspolitik Konflikte mindern.

Deutschland sollte überall da alle seine Kräfte aufbieten, wo die Ursachen von Konflikten angegangen werden: bei der Bekämpfung von Hunger, Verelendung und Umweltzerstörung vor allem im Süden der Erde.

Deutschland sollte führend sein bei Entwicklung und Lieferung lebenserhaltender Technologien, z. B. von Schiffen zur Bekämpfung der Ölpest, statt bei internationalen Krisen vor allem an Lieferung von Kriegsgerät zu denken.

4. Der Abbau der Ost-West-Konfrontation eröffnet zugleich die Chance, daß die UNO ihre Aufgabe als Welt-Friedensorganisation endlich voll wahrnehmen kann. Zu den friedenspolitischen Aufgaben des vereinten Deutschlands gehört es, zu einer solchen politischen und finanziellen Stärkung der Vereinten Nationen beizutragen. Ein derartiger deutscher Beitrag sollte die Streichung der „Feindstaaten"-Klausel in Artikel 107 der UNO-Charta nach sich ziehen.

Wir treten für eine Stärkung und Reform der Vereinten Nationen ein, die es der UNO ermöglicht, nicht erst zur akuten Krisenbewältigung einzugreifen, sondern bereits im Vorfeld aktiv zu werden, um soziale, ökologische und politische Spannungen zu überwinden. Die Arbeit der Vereinten Nationen ist dadurch wirksamer zu gestalten, daß dem Regionalprinzip bei der Konfliktregelung und Zusammenarbeit sowie bei der Repräsentation in den Gremien zum Durchbruch verholfen wird. Die Vereinten Nationen müssen so an Gewicht gewinnen, daß sie nicht nur bestimmte Maßnahmen für zulässig erklären, sondern sie unter ihrer eigenen Verantwortung und Leitung durchführen können. Das setzt die Stärkung der Stellung des Generalsekretärs, eine Selbstbeschränkung bei der Ausübung des Vetorechts und insgesamt eine Entwicklung voraus, bei der die Vereinten Nationen Schritt für Schritt in die Rolle einer Weltregierung hineinwachsen.

5. Wir schlagen nationale Friedenskorps für UN-Einsätze vor

- zur Bekämpfung von Umweltschäden
- zur humanitären Hilfe und
- in Katastrophenfällen.

Wir streben – wie bisher – an, daß die UNO nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die Chance wahrnimmt, zu einem weltweiten kollektiven Sicherheitssystem zu werden.

Deutschland wird auf absehbare Zeit Streitkräfte zur Verteidigung brauchen. Ziel ist es, sie überflüssig zu machen. Bis dahin müssen deutsche Streitkräfte in Umfang, Doktrin, Struktur und Ausrüstung so bemessen sein, daß sie zur Landesverteidigung befähigt sind und die Bündnisverpflichtungen erfüllen können. Sie müssen so vermindert werden, daß Bedrohung von ihnen nicht ausgeht, sie jedoch weiterhin kriegsverhindernd wirken.

Eine Ausweitung der Aufgaben von NATO und WEU mit dem Ziel eines möglichen Einsatzes ihrer Truppen außerhalb des NATO-Vertragsgebietes und die Aufstellung von dazu vorgesehenen Eingreiftruppen lehnen wir ab. Eine Grundgesetzänderung mit dem Ziel, der Bundeswehr solche oder andere militärische out-of-area-Einsätze zu ermöglichen, ist mit unserer Friedens- und Sicherheitspolitik unvereinbar. Eine deutsche Beteiligung an militärischen Kampfeinsätzen unter UNO-Kommando oder durch Ermächtigung der UNO lehnen wir ab. Die Bundesrepublik Deutschland muß jedoch in der Lage sein, sich im Rahmen

der UNO an friedenserhaltenden Maßnahmen (Blauhelm-Missionen) zu beteiligen.

Friedenserhaltende Maßnahmen sind:

a) Friedenstruppen, die durch ihre Anwesenheit einen Waffenstillstand garantieren;

b) Militärische Beobachtergruppen, häufig lediglich Offiziere zur Überwachung von Friedensabkommen;

c) UN-Friedensmissionen unter ziviler Leitung mit gemischt militärischer und ziviler Komponente.

Friedenserhaltende Maßnahmen dürfen nach UN-Gewohnheitsrecht unter folgenden Voraussetzungen durchgeführt werden:

- Beschluß des Sicherheitsrates (in der Regel für sechs Monate);
- Zustimmung der am Konflikt beteiligten Staaten;
- kein Einsatz von Waffengewalt, außer zur Selbstverteidigung;
- freiwillige, in einem Vertrag mit der UNO geregelte Bereitstellung von Personal- und Streitkräften durch UN-Mitgliedstaaten;
- Leitung durch den UNO-Generalsekretär unter Kontrolle des Sicherheitsrates.

Die SPD wird im Rahmen der Debatte um die Fortentwicklung des Grundgesetzes dafür eintreten, daß die Voraussetzungen für eine Beteiligung von sich freiwillig meldenden Berufs- und Zeitsoldaten der Bundeswehr an diesen friedenserhaltenden Maßnahmen im Rahmen der UNO geschaffen werden. Dabei muß eine strikte Trennung zwischen Blauhelm-Einsätzen, die wir befürworten, und militärischen Kampfeinsätzen, die wir ablehnen, verbindlich festgeschrieben werden. Der Einsatz deutscher Truppen für Blauhelm-Aktionen der UNO bedarf in jedem Einzelfall der Zustimmung des Deutschen Bundestages.

6. Für die Aufgaben der Bundeswehr sind heute erheblich weniger Mittel erforderlich als zu Zeiten der Blockkonfrontation. Der Verteidigungshaushalt muß sofort unter 50 Milliarden DM abgesenkt werden.

7. Die SPD verurteilt die deutsche Mitwirkung an der Aufrüstung von Staaten der Dritten Welt und die Geschäftemacherei mit Rüstungsgütern und Technologien, die für Kriegswaffen genutzt werden können. Verstöße gegen das Verbot von Rüstungsexporten müssen mit wirksamen ökonomischen und strafrechtlichen Sanktionen geahndet werden; sie gehören zur Kategorie der Schwerstkriminalität und müssen gesellschaftlich geächtet werden. Erlöse aus illegalen Waffengeschäften und damit in Verbindung stehende Vermögenswerte müssen vollständig eingezogen werden.

Die Bundesregierung fordern wir auf, Rüstungsexporte in Staaten außerhalb der NATO zu verbieten. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn der Deutsche Bundestag im Einzelfall mit Zweidrittel-Mehrheit zustimmt. Rüstungsgüter dürfen nur exportiert werden, wenn der Endverbleib garantiert ist. Dies gilt auch für Koproduktionen.

8. Zur Sicherung des Friedens in Europa sind weitere Abrüstungsschritte erforderlich. Die Verhandlungen über die Verringerung der konventionellen Waffen und Streitkräfte müssen zu einer Halbierung des auf der KSZE-Konferenz in Paris erreichten, immer noch weit überhöhten Bestandes führen.

Mit multilateral vereinbarten Obergrenzen muß eine regional ausbalancierte strukturelle Angriffsunfähigkeit der europäischen Staaten untereinander bis zur nächsten KSZE-Konferenz 1992 vertraglich gesichert werden.

Es ist Zeit, daß die längst angekündigten Verhandlungen über die Beseitigung atomarer Kurzstreckenwaffen endlich begonnen werden. Dabei darf keine Stationierungsart (land-, luft- und seegestützte Atomwaffen) ausgeschlossen werden. Auch der Westen Deutschlands muß von Atomwaffen frei werden.

Unser Ziel, die atomare Abschreckung zu überwinden, verlangt – statt kosmetischer Korrekturen – als notwendigen ersten Schritt die Aufgabe der Strategie der flexible response und des atomaren Ersteinsatzes.

Parteivorstand und Bundestagsfraktion werden aufgefordert, die notwendige konzeptionelle Arbeit für die Durchsetzung der im Grundsatzprogramm festgelegten Zielsetzung zu leisten. Dort heißt es: „Unser Ziel ist es, die Militärbündnisse durch eine europäische Friedensordnung abzulösen . . . Sie müssen bei Wahrung der Stabilität ihre Auflösung und den Übergang zu einer europäischen Friedensordnung organisieren. Dies eröffnet auch die Perspektive für das Ende der Stationierung amerikanischer und sowjetischer Streitkräfte außerhalb ihrer Territorien in Europa."

Eine Umorientierung der NATO und der WEU von einem Bündnis im West-Ost-Konflikt zu einem Bündnis des Nordens gegen den Süden ist damit nicht vereinbar.

9. Der Parteivorstand wird aufgefordert, zum nächsten Bundesparteitag einen Antrag zur Außen- und Sicherheitspolitik des vereinten Deutschlands vorzulegen. An der Ausarbeitung dieses Antrages sind die Bezirke zu beteiligen. Die dem Bremer Bundesparteitag zu diesen Themenbereichen vorliegenden Anträge werden an den Parteivorstand als Material zur Vorbereitung dieses Antrages überwiesen.

Zur Reform der Vereinten Nationen

Die Zeit ist reif für eine deutsche Mitwirkung an einer europäischen Initiative zur Reform der Vereinten Nationen, damit die Weltorganisation den Herausforderungen der 90er Jahre und des nahenden 21. Jahrhunderts gerecht werden kann.

Über vier Jahrzehnte hat der Ost-West-Konflikt die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen gelähmt. Nachdem der Kampf der Blöcke der Vergangenheit angehört, muß die Zukunft gemeinsam gesichert werden. Weltweit müssen Frieden und umweltbewußte Entwicklung verwirklicht werden.

Der Rüstungswettlauf muß nicht nur in Ost und West, sondern auch im Süden beendet werden. Durch das Verbot der Produktion von Massenvernichtungswaffen (z. B. ABC-Waffen), Rüstungskontrolle und Abrüstung in allen Weltregionen sollen Mittel für eine dauerhaft tragfähige Entwicklung freigesetzt werden.

Sicherheit ist ein nicht mehr allein militärischer Begriff. Die gemeinsame Sicherheit wird nicht nur durch Massenvernichtungswaffen, Überrüstung und militärische Aggression gefährdet, sondern auch durch die globale Umweltzerstörung, exzessiven Energie- und Rohstoffverbrauch, Überbevölkerung und eine ungerechte Weltwirtschaftsordnung. Verteilungskämpfe und Wanderungsbewegungen können die internationale Sicherheit ebenso gefährden wie ethnische und religiöse Spannungen, Menschenrechtsverletzungen und die Verfolgung von Minderheiten. Die Völkergemeinschaft ist auch aufgefordert zu handeln, bevor innersaatliche Konflikte zu gefährlichen zwischenstaatlichen Spannungen werden.

Im Sinne einer verantwortlichen Weltinnenpolitik müssen die Vereinten Nationen gemeinsame Sicherheit neu definieren. Die Überwindung der Ost-West-Konfrontation bietet endlich die Chance, die Vereinten Nationen zum globalen Sicherheitssystem zu machen, was die ursprüngliche Zielsetzung in San Francisco 1945 war.

Eine neue Weltordnung muß Frieden sichern, die Umwelt bewahren, wirtschaftliche und soziale Entwicklungsmöglichkeiten verbessern. Eine solche Weltordnung kann nicht diktiert werden, sondern muß von der Völkergemeinschaft solidarisch geschaffen werden.

Trotz der politischen Beschränkungen und organisatorischen Mängel haben die Vereinten Nationen bedeutsame Beiträge zum Weltfrieden und zum internationalen Dialog geleistet. Die UNO muß jetzt in die Lage versetzt werden, die Ursachen von Konflikten frühzeitiger zu erkennen und zu bekämpfen. Um die Vereinten Nationen dabei zu entlasten, sollten regionale Sicherheitssysteme nach Art der KSZE auch in anderen Teilen der Welt aufgebaut werden.

Gleichzeitig müssen die Kompetenzen und Instrumente der Vereinten Nationen zur Konfliktvermeidung und Konfliktregelung erweitert werden.

Wir erstreben eine Weltordnung, in der Kriegshandlungen geächtet und unterbunden werden und die Vereinten Nationen das internationale Gewaltmonopol erhalten.

Die SPD hält eine Reform der Vereinten Nationen in folgenden Bereichen für erforderlich, um globale Herausforderungen partnerschaftlich zu bewältigen:

1. Erweiterung der Befugnisse des Generalsekretärs
(Initiativrechte und Exekutivbefugnisse; Straffung der gesamten Organisation einschließlich der Sonderorganisationen und Programme; bessere Koordinierung der UN-Aktivitäten mit Währungsfonds, Weltbank, Pariser Club und GATT; Überprüfung des Finanzierungssystems, u. a. mit dem Ziel, Nicht-Zahlern das Mitwirkungsrecht zu entziehen)

2. Erweiterung des Mandats und der Zusammensetzung des Sicherheitsrats
(Befassung mit neuen sicherheitsrelevanten Themen, insbesondere Umweltproblem; Vertretung durch Staatengruppen wie die EG und zusätzliche Mitglieder aus Entwicklungsregionen; Abschwächung des Vetorechts)

3. Zuständigkeit für die Kontrolle und Reduzierung von Rüstungsexporten

4. Weiterentwicklung des Völkerrechts
(Stärkung des Internationalen Gerichtshofes; Schaffung einer Menschenrechtsgerichtsbarkeit und eines internationalen Strafgerichtshofes)

5. Aufstellung von nationalen Friedenskorps für UNO-Einsätze in Katastrophenfällen

6. Schaffung eines UNO-Umweltfonds und eines UNO-Sozialfonds
(durch Abgaben auf Schadstoffemissionen und durch Rüstungseinsparungen)

7. Satzungsgemäße Verankerung des Einsatzes von „Blauhelmen"
(friedenserhaltende Maßnahmen, gestützt auf bisherige Erfahrung, in der Charta verankern)

8. Streichung der Feindstaatenklausel

Diese Vorschläge unterstützen die „Stockholmer Initiative zu globaler Sicherheit und Weltordnung" vom 22. April 1991. Wir unterstützen die Forderung, eine unabhängige internationale Kommission für eine institutionelle Reform der UNO einzusetzen und eine Weltgipfelkonferenz zur Beratung der Kommissionsergebnisse im Jahr 1995 in San Francisco einzuberufen.

Grundzüge einer neuen Friedensordnung im Nahen Osten

Frieden am Golf – Frieden in Nah-Ost – Frieden weltweit

„Die Menschheit kann nur noch gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen. Diese historisch beispiellosen Alternativen verlangen ein neues Herangehen an die internationalen Angelegenheiten, besonders an die Sicherung des Friedens. Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein; dies gilt erst recht im Zeitalter atomarer, chemischer und biologischer Massenvernichtungswaffen. Frieden bedeutet nicht nur das Schweigen der Waffen, Frieden bedeutet auch das Zusammenleben der Völker ohne Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung. Friedenspolitik umfaßt auch die Zusammenarbeit der Völker in Fragen der Ökonomie, der Ökologie, der Kultur und Menschenrechte. Eine Welt in Frieden erfordert das Selbstbestimmungsrecht für alle Nationen." (Berliner Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands)

I.

Der von Diktator Saddam Hussein verursachte Krieg ist beendet. Das Schweigen der Waffen reicht indes nicht aus. Nach dem Waffenstillstand muß es zu Verhandlungen kommen mit dem Ziel, eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung in der Region zu schaffen.

II.

Der Krieg hat Tod und Zerstörung über die Menschen gebracht – in Kuwait und im Irak, in Israel und in Saudi-Arabien. Die Trauer um die Opfer kann nicht politisch neutral sein. Die irakische Regierung hat mit dem Angriff auf Kuwait die gewaltsamen Auseinandersetzungen ausgelöst. Verantwortlich hierfür sind auch alle diejenigen, die dem Irak Waffen geliefert oder solche Waffenlieferungen geduldet haben. Wir haben aber nach wie vor Zweifel, ob die militärische Auseinandersetzung, ob die Zerstörungen und ob die Vernichtung von Menschenleben in dem erfolgten Umfang unvermeidbar waren. Wir kritisieren, daß die Mittel der Diplomatie nicht ausgeschöpft, daß die Wirkungen des Wirtschaftsembargos nicht abgewartet wurden. Der besonnenen Haltung Israels gegenüber den irakischen Raketenangriffen ist es zu danken, daß eine Ausweitung des Krieges vermieden werden konnte.

Der Krieg darf nicht erneut zum Mittel politischer Konfliktaustragung werden, auch wenn er nach den militärischen Erfolgen der USA und ihrer Verbündeten wieder als führbar erscheint: Durch den Golf-Krieg und sein unmittelbares Ergebnis ist keine seiner Ursachen überwunden worden. Um die Überwindung der Ursachen muß es aber gehen, wenn gewaltsame Auseinandersetzungen im Nahen Osten und anderswo dauerhaft vermieden werden sollen.

III.

Die Möglichkeiten auch des vereinten Deutschland, zu einer Friedensordnung im Nahen Osten beizutragen, sind begrenzt. Der Golfkrieg hat aber gezeigt, daß auch die Deutschen von einem solchen regionalen Konflikt unmittelbar betroffen werden können: Militärisch wurde der Einsatz von Bundeswehrsoldaten ernsthaft erwogen, wirtschaftlich wird auch von Deutschland ein erheblicher finanzieller Beitrag verlangt und geleistet.

Ökologisch werden auch uns die Folgen der brennenden Ölfelder treffen. Andererseits kann Deutschland im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft Hilfe zum Aufbau einer Friedensordnung leisten.

Die SPD ist derzeit nicht Regierungspartei. Sie wird aber gerade jetzt ihre friedenspolitische Kompetenz als Alternative zur jetzigen Bundesregierung deutlich machen. Auch wird sie die Möglichkeiten der Sozialistischen Internationale nutzen, um den Prozeß hin zu einer Friedensordnung im Nahen Osten zu fördern.

IV.

Einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten wird es nur geben können, wenn die Lösung aller bestehenden Konflikte in Angriff genommen wird:

1. Ein dauerhafter und gerechter Frieden braucht als Basis Demokratie und Selbstbestimmungsrecht für alle Völker der Region. Diktatoren und Feudalherrscher sind Hindernisse auf diesem Weg.

Das gilt auch für Kuwait, in dem nach der Befreiung von der irakischen Besetzung die zurückgekehrte Regierung mit Unterdrückung, Folter und Mord herrscht.

Es kann keinen dauerhaften Frieden im Nahen Osten geben, wenn die Existenz und Grenzen des Staates Israel von 1967 nicht durch alle Länder der Region und durch die PLO sowie durch die UNO anerkannt werden. Wir erwarten, daß auch Israel die UNO-Resolutionen respektiert und seinen Beitrag nach dem Grundsatz „Frieden gegen Land" leistet. Einzelheiten werden die Betroffenen in Verhandlungen klären, an denen auch die PLO beteiligt sein muß. Jerusalem sollte zu einer Stadt des Friedens werden, in der der Dialog zwischen dem Judentum, dem Islam und dem Christentum besonders intensiv geführt wird.

Mit der allseitigen Garantie des Existenzrechts des Staates Israels in anerkannten Grenzen muß das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes verwirklicht werden. Auch dieses Volk hat das Recht auf einen eigenen Staat, der auf friedlichem Wege zu erreichen ist.

Auch die Grenzen der anderen Länder müssen sicher gegen gewaltsame Veränderungen sein. Der Libanon darf weder von Syrien annektiert noch faktisch zwischen Syrien und Israel aufgeteilt werden. Seine Besetzung durch syrische und israelische Truppen ist zu beenden. Auch darf der Irak weder geteilt noch in seiner territorialen Integrität beeinträchtigt werden.

Das im Irak, im Iran, in Syrien, in der Türkei und in der Sowjetunion lebende kurdische Volk muß nach Jahrzehnten schrecklicher Unterdrückung und Verfolgung das Recht auf Selbstbestimmung durch Autonomie innerhalb der jeweiligen Staaten erhalten.

2. Für alle Länder des Nahen Ostens muß ein Zeitplan aufgestellt und verwirklicht werden, der den Abzug aller fremden Truppen vorsieht. Dort, wo es zur Konfliktvermeidung oder -eindämmung erforderlich ist, sind UNO-Kontingente zu stationieren.

3. Eine Sicherheit der Staaten und ihrer Grenzen kann es nicht durch weitere Aufrüstung der Staaten der anti-irakischen Koalition geben, sondern nur durch eine drastische Abrüstung aller Länder der Region.

Ziel ist eine Zone frei von ABC-Waffen und weitreichenden Raketen, in der sich Strukturen gemeinsamer Sicherheit entwickeln können.

4. Unter Beteiligung der bestehenden supra-nationalen Organisationen wie der Arabischen Liga muß eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in der Region vorbereitet und durchgeführt werden. Dabei geht es um die Schaffung vertrauensbildender Maßnahmen, um die Durchsetzung der Menschenrechte für alle Frauen und Männer, um kulturellen Austausch und um wirtschaftliche Zusammenarbeit, auch um den Ausgleich zwischen den reichen und den armen Ländern der Region, insbesondere um die Neuverteilung der Einnahmen aus dem Export von Erdöl.

Für einen in diesem Rahmen zustande gekommenen Wiederaufbauplan für die vom Krieg betroffenen Gebiete haben die Staaten der Europäischen Gemeinschaft, vor allem auch das vereinte Deutschland, ihre Hilfe zuzusagen.

5. Es ist eine internationale Energiekonferenz einzuberufen, mit dem Ziel der Stabilisierung der Rohölpreise, der Senkung des Welterdölverbrauchs und der Schonung der Welterdölreserven.

6. Eine Kooperation aller Staaten der Region bei der Nutzung von Wasserressourcen und bei der Lösung ökologischer Probleme ist anzustreben.

V.

Die Verlagerung von Bundeswehreinheiten in die Türkei hatte die Gefahr heraufbeschworen, daß unter Proklamierung eines angeblichen Bündnisfalles die Deutschen im Rahmen der NATO in den Krieg am Golf einbezogen würden. Die SPD hat diese Möglichkeit von Anfang an entschieden bekämpft.

Aufgabe der NATO war es, die Sicherheit der Bündnispartner gegenüber der Sowjetunion zu gewährleisten, nicht aber die westeuropäischen Länder in militärische Nord-Süd-Konflikte an der Seite der USA hineinzuziehen oder gar der regionalen Großmachtpolitik der türkischen Regierung zu dienen. Nach der Auflösung der Organisation der Warschauer Vertragsstaaten (WVO) muß es Hauptaufgabe der NATO werden, die Abrüstung in Europa politisch zu organisieren, um im Ergebnis als Verteidigungsorganisation selbst überflüssig zu werden. „Unser Ziel ist eine gesamteuropäische Friedensordnung auf der Grundlage gemeinsamer Sicherheit, der Unverletzlichkeit der Grenzen und der Achtung der Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa" (Berliner Programm).

VI.

Für den Frieden brauchen wir eine neue Weltfriedensordnung, die keine Ordnung unter der Hegemonie einer Supermacht sein kann. Nach der Milderung und möglichen Überwindung des Ost-West-Konflikts steht der Ausgleich zwischen dem Norden und dem Süden im Vordergrund. Die neue Friedensordnung muß auf einer neuen „gerechten und leistungsfähigen Weltwirtschaftsordnung" (Berliner Programm) beruhen. Die ungehemmte Ausbeutung der Rohstoffquellen des Südens und die Verschwendung der Ressourcen müssen ein Ende haben. In den Institutionen von Weltbank, Währungsfonds und GATT erhalten die Länder des Südens eine Stellung als gleichberechtigte Partner.

Für den Frieden brauchen wir Menschen, die den Frieden wollen und für ihn eintreten. Wir begrüßen es, daß viele, vor allem viele junge Menschen, den Frieden zu ihrer Sache gemacht und für den Frieden auf die Straße gegangen sind. Wir weisen die Diffamierung der Friedensbewegung durch diejenigen, die Waffenexporte an den Irak jedenfalls nicht verhindert haben, zurück. Wir setzen darauf, daß überall auf der Welt die Friedensbewegungen an Stärke gewinnen und eine internationale Zusammenarbeit der Menschen für den Frieden die jeweiligen Vertreter in den internationalen Organisationen in der Arbeit an einer weltweiten Friedensordnung bestärkt.

Europapolitische Perspektiven der SPD

I. Die demokratischen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa bedeuten das Ende der Aufspaltung des Kontinents in zwei politische, militärische und wirtschaftliche Blöcke. Die wirtschaftliche und politische Dynamik der Europäischen Gemeinschaft beweist, daß europäische Zusammenarbeit und Integration möglich und sinnvoll ist. Der KSZE-Prozeß trägt zu mehr Stabilität und Vertrauen in ganz Europa bei.

Die KSZE muß der Rahmen für eine vertraglich gesicherte europäische Friedensordnung werden, in der nationale Alleingänge ausgeschlossen sind und in die die Streitkräfte der Teilnehmerstaaten eingebunden werden.

Mit jedem Reformschritt, den die mittel- und osteuropäischen Staaten durchsetzen, ebenso wie durch die Integrationsschritte der Europäischen Gemeinschaft gewinnt Europa bereits neue Gestalt.

Damit wird möglich, was die SPD bereits 1925 in ihrem Heidelberger Programm für Gesamteuropa gefordert hat: die Vereinigten Staaten von Europa, die alle Staaten Europas umfassen, die dies wünschen.

Die Kernfrage der nächsten fünf Jahre wird sein, ob gesamteuropäische Strukturen entwickelt werden oder ob der Westen die bisherigen Mitglieder des Warschauer Vertrages ausklammert. Deshalb müssen diese Strukturen nicht nur die Länder der EG und der EFTA, sondern auch die Länder Ost- und Südosteuropas und die Sowjetunion einschließen. Angesichts der abzusehenden Destabilisierungsgefahren auf den verschiedensten Ebenen ist ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem heute notwendiger denn je.

Wir haben heute die Chance, ein Europa zu schaffen, das auf demokratischen Grundwerten, auf einem gemeinsamen Wirtschaftsraum und auf föderativen Strukturen aufbaut und in dem Frieden und Sicherheit nicht mehr auf wechselseitiger militärischer Abschreckung beruhen, sondern durch Demokratie, Verflechtung und Integration gewährleistet sind.

Wir haben die Chance, Europa so zu gestalten, wie sich das viele Millionen Menschen nach den sinnlosen Opfern des 1. Weltkrieges erhofft haben, was aber durch das Fortbestehen des Nationalismus damals nicht möglich war. Wir haben die Chance, das zu schaffen, was viele Männer und Frauen des europäischen und deutschen Widerstandes während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft für das künftige Europa vorgedacht haben.

Die Erfahrungen der Europäischen Gemeinschaft zeigen, welche Chancen wirtschaftliche und politische Integration und Verflechtung eröffnen. Die Europäische Gemeinschaft hat eine Zone stabilen Friedens geschaffen, in der die Androhung militärischer Gewalt und schon gar militärische Gewaltanwendung selbst zwischen den Mitgliedstaaten inzwischen undenkbar sind. Demokratie, Verflechtung und Integration sind Voraussetzungen für die Überwindung eines überholten Nationalismus, der die europäischen Staaten immer wieder fehlgeleitet und in die Katastrophe geführt hat.

Integration und Verflechtung entsprechen auch der in den letzten Jahrzehnten weltweit gewachsenen Internationalisierung. Nationalstaaten sind weder ökonomisch noch ökologisch, weder kulturell noch sicherheitspolitisch souverän. Allein die politischen Entscheidungsstrukturen hinken bisher dieser Entwicklung hinterher. Die Schaffung gesamteuropäischer supranationaler und demokratischer Strukturen ist überfällig.

Integration erstreckt sich auf den wirtschaftlichen und auf den politischen Bereich. Dazu gehören eine integrierte Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik und gemeinsame – drastisch reduzierte – Streitkräfte. Nur diese Form der Integration sichert letztlich auch, daß in Ost- und Mitteleuropa entstehende Nationalitätenkonflikte so geregelt werden, daß blutige Auseinandersetzungen verhindert werden.

Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, einen integrierten, d. h. einen wirtschaftlich eng verflochtenen, föderativ gestalteten, politisch handlungsfähigen, demokratischen und sozialen europäischen Bundesstaat durch freiwillige Abgabe nationaler Souveränitätsrechte zu schaffen.

Ein solcher europäischer Bundesstaat bekennt sich zu echter und gleichberechtigter Partnerschaft mit den USA und der UdSSR. Er strebt partnerschaftliche Beziehungen zu den südlichen Nachbarn Europas, insbesondere auch der arabischen Welt, an und anerkennt die besondere Verpflichtung der Europäer bei der Überwindung des weltweiten Nord-Süd-Gegensatzes.

Europa muß sich als Faktor der Friedenssicherung in der Welt und bei der Verwirklichung einer neuen Weltwirtschaftsordnung verstehen. Die Tatsache, daß die Europäische Politische Zusammenarbeit bei der friedlichen Bewältigung des Golfkonfliktes versagt hat, ist ein schwerer Rückschlag für diese europäische Verpflichtung. Um so eindringlicher sind die Europäer gemahnt, die europäische Erfahrung der Friedenssicherung durch Zusammenarbeit in den internationalen Beziehungen und internationalen Institutionen einzubringen.

Mit der Ablösung der Blöcke und der Auflösung der Bipolarität der Welt ist noch nicht gesichert, daß Konflikte in der Welt ohne militärische Gewalt gelöst werden und daß die Länder in der Dritten Welt bessere Entwicklungschancen erhalten.

Das Versagen der Weltgemeinschaft vor der Herausforderung, der Aggression des Irak auf nichtmilitärische Weise zu begegnen, hat vielmehr deutlich gemacht, daß gerade das Ende der Ost-West-Konfrontation es in mancherlei Hinsicht leichter gemacht hat, Krieg in der 3. Welt zu führen. Es wäre verhängnisvoll, wenn der Kalte Krieg zwischen Ost und West von Kriegen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern abgelöst würde.

Ein neues Europa wird und muß deshalb ein neues, solidarisches Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt gewinnen.

Der Einsatz militärischer Mittel widerspricht diesem Ziel grundlegend. Europas Einsatz für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung muß dazu beitragen, daß die notwendigen Reformen in diesen Ländern verwirklicht werden können. Es muß einen drastischen Ressourcentransfer zu diesen Ländern ermöglichen und dafür sorgen, daß ein Teil der Mittel, die durch Abrüstung frei werden, diesen Ländern zur Verfügung gestellt wird. Es muß die regionale Zusammenarbeit von Staaten, z. B. im Nahen Osten, fördern und unterstützen. Es muß den Ländern der „Dritten Welt" eine bessere Vertretung in den internationalen Institutionen, z. B. der UNO, ermöglichen. Es muß die Unabhängigkeit der UNO von den Interessen einzelner dominierender Staaten sicherstellen helfen.

Deutschland trägt gerade in dieser Phase der Neu-Gestaltung eine besondere Verantwortung, wegen seiner Geschichte, seiner zentralen Lage, seines ökonomischen Gewichtes, auch wegen der Besorgnisse anderer.

II. Europa lebt aus seiner kulturellen Vielfalt.

Gemeinsamkeit aller Europäer differenziert sich in einer Vielfalt unterschiedlicher Sprachen, Kulturen und sozialer Traditionen.

Wir streben keine europäische Mischkultur an, sondern ein Europa der Regionen, in dem alle Völker in Frieden und gegenseitigem Respekt miteinander leben.

Der Weg zu einem föderalistisch verfaßten Europa, das die Interessen der Regionen angemessen wahrt, ist weit. Als Zwischenschritte fördern wir grenzüberschreitende Kooperationen sowie Einrichtungen zur Wahrung regionaler Interessen in den überregionalen europäischen Institutionen. Das Europa der Zukunft kann nur erfolgreich sein, wenn es die Autonomie seiner Volker akzeptiert und allen sprachlichen, nationalen und kulturellen Minderheiten weitgehende Rechte sichert.

Wir wissen, daß auf dem Weg zu einem föderalistisch organisierten Europa noch lange unterschiedliche Strukturen der Zusammenarbeit in einem vielfaltigen Beziehungsgeflecht nebeneinander existieren werden. Wir betonen die zentrale Rolle der Europäischen Gemeinschaft bei der politischen Neuordnung Europas, sehen aber daneben auch die Bedeutung anderer europäischer Kooperationsformen.

III. Bei der politischen Neuordnung Europas fällt der Europäischen Gemeinschaft eine zentrale Rolle zu. Durch ihre wirtschaftliche Stärke und ihr demokratisches Selbstverständnis wirkt sie bereits jetzt als Magnet auf viele Staaten Europas. Die Europäische Gemeinschaft muß zum Kern und zum Motor eines neuen, gesamteuropäischen Integrationsprozesses werden, in dem von Anfang an die Staaten der EFTA sowie Mittel- und Osteuropas die Perspektive der zukünftigen EG-Mitgliedschaft finden.

Die Sowjetunion muß auf jeden Fall in diesen Prozeß gesamteuropäischer Zusammenarbeit eingeschlossen werden. Ihr müssen vielfältige Formen der Kooperation mit der EG offenstehen.

Die Gemeinschaft kann diese Aufgabe nur leisten, wenn sie über ihre wirtschaftliche Integration hinaus zu einer wirklich demokratisch verfaßten Europäischen Politischen Union ausgebaut wird. Gleichzeitig jedoch muß sie ihre Bereitschaft zur Öffnung für die Staaten der EFTA und die mittel- und osteuropäischen Staaten unter Beweis stellen und durch das Angebot neuer Formen der Zusammenarbeit die größere Gemeinschaft vorbereiten. Eine solche Bereitschaft ist auch ein Signal der Hoffnung und Unterstützung für den Demokratisierungsprozeß in den mittel- und osteuropäischen Staaten.

Der Entscheidungsprozeß der Gemeinschaft wird immer noch von den Regierungen der Mitgliedstaaten dominiert, und ihr demokratischer Verfassungsaufbau ist noch keineswegs abgeschlossen. Die jetzt anstehenden Initiativen zur Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft durch die Wirtschafts- und Währungsunion und zur Schaffung einer Europäischen Politischen Union müssen genutzt werden, um diese Defizite endgültig zu überwinden. Sie müssen so weitergeführt werden, daß der Weg zu einer größeren Gemeinschaft gefördert und nicht verbaut wird.

Für die SPD ist die Stärkung der Gemeinschaft und ihr Ausbau zu einer Europäischen Politischen Union unverzichtbar und ein vorrangiges Ziel ihrer Politik. Die SPD

fordert daher die Beschleunigung, Vertiefung und Verbreiterung der EG-Integration.

Beschleunigen heißt:

Die EG muß ihren politischen und sozialen Zusammenhang mit der Vollendung des Binnenmarktes und der Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion ausbauen, ihre Institutionen reformieren und die entsprechenden Vertragsänderungen bis zum 31. Dezember 1992 abschließen.

Vertiefen heißt:

Die EG muß ihre Entscheidungsprozesse demokratischer, nachvollziehbarer und unbürokratischer gestalten. Dies kann nur durch eine Stärkung der parlamentarischen Instanzen und Strukturen der Gemeinschaft erreicht werden.

Verbreitern heißt:

Die EG muß in einer Reihe von Politikbereichen zusätzliche und genau festgelegte Kompetenzen erhalten. Dabei sind der soziale Ausgleich zwischen den reichen und ärmeren Regionen der Gemeinschaft, die Ausgestaltung der sozialen Dimension des Binnenmarktes und die Entwicklung einer wirksamen und verbindlichen Umweltpolitik sowie ein neues Verständnis der Rolle der Regionen und Länder innerhalb der EG und die Wahrnehmung einer weltweiten Verantwortung der Gemeinschaft für Entwicklung, Umweltschutz und Konfliktlösung, auch in der Dritten Welt.

Wir brauchen eine europäische Einwanderungspolitik. Die Bundesregierung ist aufgefordert, über die formalen Absprachen zum jeweiligen nationalen Asylrecht hinaus dazu Initiativen zu ergreifen. Ein solches Einwanderungsgesetz soll die Zuwanderung gemessen an der Integrationskraft quotieren und eine gleichmäßige Verteilung auf die Mitgliedsländer ermöglichen. Gleichzeitig muß auf europäischer Ebene eine geordnete Grenzöffnungspolitik durchgesetzt werden.

Sollte eine schnelle europäische Einigung nicht erzielt werden können, muß die Bundesregierung ein nationales Einwanderungsgesetz vorziehen.

Vorrangige Ziele der SPD für die Europäische Politische Union sind:

- Aufbau und Politik der Gemeinschaft müssen sich an föderalen Prinzipien orientieren, und die regionale und kulturelle Vielfalt muß in der Gemeinschaft gewährleistet werden.
- Gesetze müssen vom Europäischen Parlament und vom Rat gemeinsam beschlossen werden. Zur Konfliktlösung zwischen Rat und Parlament ist ein Verfahren vorzusehen, das beide Organe zur gleichberechtigten Zusammenarbeit zwingt.
- Für Entscheidungen des Ministerrates muß grundsätzlich das Mehrheitsprinzip gelten.
- Der Präsident der Kommission muß auf Vorschlag des Europäischen Rates vom Europäischen Parlament gewählt und vom Europäischen Rat ernannt werden. Die Kommission muß gefestigte Exekutivbefugnisse erhalten.
- Das Europäische Parlament muß das Recht erhalten, Untersuchungsausschüsse einzusetzen. Es muß vor dem Europäischen Gerichtshof die Verletzung seiner Rechte einklagen und ein Normenkontrollverfahren einleiten können. Die Ernennung der Richter am Europäischen Gerichtshof darf erst nach ihrer Bestätigung durch das Europäische Parlament wirksam werden.
- Die vertraglichen Grundlagen für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik müssen geschaffen werden.
- Dabei muß das Versagen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit im Vorfeld des Golfkrieges aufgearbeitet werden: gemeinsame Außenpolitik muß das Interesse der Region Europa zum Tragen bringen und darf nicht die Fortsetzung einzelner Außenpolitiken mit anderen Mitteln sein. Aus sozialdemokratischer Sicht soll eine gemeinsame Außenpolitik der Politischen Union die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Regionen der Welt und die Förderung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung zum Ziel haben.

  Die Europäische Politische Union muß daher die Vereinten Nationen stärken und reformieren helfen. Sie sollte z.B. im UNO-Sicherheitsrat die Mitgliedstaaten der Europäischen Politischen Union insgesamt vertreten.
- Für den Bereich der Sicherheitspolitik bedeutet dies eine Neubestimmung der Inhalte einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik.

Für uns sind folgende Inhalte unverzichtbar:

- Die Entwicklung kooperativer und defensiver Strukturen, die lediglich für die Verteidigung geeignet sind. Eine „europäische Eingreiftruppe", mit dem Ziel des Einsatzes außerhalb des Gebietes der Politischen Union bzw. des Bündnisses, lehnen wir ab.
- Drastische Abrüstung und Reduzierung der Streitkräfte.
- Das Verbot von Rüstungsexporten außerhalb der Politischen Union bzw. bestehender Bündnisstrukturen.

Für dieses Ziel sollen sich die EG-Staaten auch im Rahmen der KSZE, insbesondere bei den Verhandlungen über konventionelle und nukleare Abrüstung in Europa, gemeinsam engagieren.

Die KSZE sollte als gesamteuropäische Institution einen völkerrechtlich verbindlichen Charakter im Sinne eines europäischen Vertrages für Sicherheit und Zusammenarbeit erhalten. Die vorhandenen politischen Institutionen sind für dieses Ziel zu nutzen und mit der KSZE zu vernetzen.

Zur Entwicklung einer gemeinsamen Sicherheitspolitik sollte die Westeuropäische Union schrittweise an die Politische Union herangeführt und die Arbeit der WEU an den zu fassenden Grundsatzbeschlüssen des Europäischen Rates zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik orientiert werden. Solange noch keine voll integrierte Sicherheitspolitik besteht, liegt die Verantwortung für alle sicherheitspolitischen Entscheidungen bei den nationalen Parlamenten. Eine volle Integration der Sicherheitspolitik setzt volle Rechte des Europäischen Parlaments voraus. Keine sicherheitspolitische Entscheidung darf ohne parlamentarische Kontrolle und Entscheidung – national und europäisch – erfolgen.

- Die Befugnisse der EG-Institutionen müssen insbesondere in der Sozial-, Energie- und Umweltpolitik erweitert werden. Die Gemeinschaft muß die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Prozeß der Integration wirksam sichern und den europäischen Sozialstaat verwirklichen.
- Mit der Erweiterung der Kompetenzen und der institutionellen Reform muß auch eine Änderung des Finanzsystems einhergehen.

Das gegenwärtige Gesamtvolumen des EG-Haushaltes könnte nur dann ausreichen, die neuen Aufgaben zu finanzieren, wenn der Anteil der Agrarausgaben drastisch sinkt.

Dies gilt insbesondere aber auch wegen der wachsenden Forderung nach der Schaffung einer Art von Finanzausgleichssystemen in der EG.

Es könnte sein, daß der „Große Binnenmarkt" zu weiteren Konzentrationsprozessen führt und daß regionale Ungleichgewichte eher zunehmen, als daß sie abgebaut werden. Zusätzliche Strukturprogramme werden dann erforderlich werden.

Mittelfristig wird eine grundlegende Revision der Finanzverfassung der EG notwendig werden. Es wird dann um eine Stärkung der Eigenmittelbasis, aber auch um eine Neu-Bemessung der Finanzbeiträge der Mitgliedsländer je nach ihrer Leistungsfähigkeit und ihren Vorteilen aus der Gemeinschaft gehen müssen. Leitlinie sollte dabei immer sein, daß kein Mitgliedsland aus einer Mitgliedschaft Nachteile erleiden darf, sondern, daß der Gesamtnutzen sozial gerecht, daß heißt überproportional in die sozial benachteiligten Regionen zu verteilen ist.

In der Vergangenheit sind Verteilungsdiskussionen in der EG oft willkürlich und ohne solide Datenbasis geführt worden. Insbesondere macht es keinen Sinn, den „juste retour", d. h. Rückflüsse aus dem EG-Haushalt zu messen und zu vergleichen. Vielmehr müssen alle Wirkungen der Gemeinschaft – vom Handel über Steuern und Preise bis hin zu Einkommen und Umweltfolgen – erfaßt werden.

Die SPD fordert deswegen die Schaffung eines Meß- und Evaluierungssystems. Zu diesem Zweck sollte von der Kommission und dem EP ein hochrangiger Sachverständigen-Rat eingesetzt werden, der jährlich einen „Verteilungsbericht" zu erstatten hat. Grundlage eines solchen Berichtes sollten wirtschaftswissenschaftliche Gutachten unabhängiger Institute bilden. Der Sachverständigen-Rat soll auch Vorschläge für die Fortentwicklung der Finanzverfassung der EG machen

Die SPD fordert für die Errichtung der politischen Union und der Wirtschafts- und Währungsunion die Berücksichtigung und Erweiterung des Föderalismus.

Die Länder und Regionen gewährleisten in einem Europa der Regionen im politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Bereich Bürgernähe. Sie können die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedstaaten und in der Europäischen Politischen Union wirkungsvoll vertreten.

Deshalb unterstützt die SPD die Forderungen der Länder nach:

- Verankerung des Subsidiaritätsprinzips im EWG-Vertrag, das regionale Entscheidungsspielräume erhalten soll;
- Schaffung eines Regionalausschusses, der als beratender Ausschuß für die regionale Entwicklung und die Regionalpolitik tätig werden soll;
- Beteiligung der Länder und Regionen bei Fragen der ihnen innerstaatlich zustehenden Kompetenzen;
- Klagerecht der Länder und Regionen gegen Maßnahmen der EG.

Aufgabenerweiterungen der Gemeinschaft müssen so ausgestattet sein, daß die kulturelle Vielfalt der europäischen Regionen erhalten bleibt, ohne das Zusammenwachsen

Europas zu behindern. Dem Subsidiaritätsgedanken entsprechend kann es in den Bereichen Bildung und Wissenschaft, Kultur und audiovisuelle Zusammenarbeit sowie Jugend nur um die Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten, nicht aber um die Errichtung zentralistischer Strukturen gehen. Die SPD lehnt eine zentralistische europäische Kultur- und Wissenschaftsbürokratie ab.

Der Parteivorstand die Bundestagsfraktion, die Mitglieder des Europäischen Parlaments und die Landtagsfraktionen werden aufgefordert, die Bemühung nach mehr Mitwirkungsmöglichkeiten der Länder in einem Europa der Regionen zu unterstützen. Nur dann hat der Föderalismus in der EG eine Chance.

Aufgabe des vereinten Deutschlands muß es sein, auch die Einigung Europas zu fördern. Die SPD fordert daher, daß die Perspektive der Vereinigten Staaten von Europa in die Verfassung des vereinten Deutschland aufgenommen wird.

IV. Für die SPD gilt, daß eine gesamteuropäische Integration und Verflechtung von der Basis der Europäischen Gemeinschaft ausgehen muß. Wir wollen, daß sich die Weiterentwicklung der Gemeinschaft an einer gesamteuropäischen Perspektive orientiert.

Sozialdemokraten fordern:

- Die Europäische Gemeinschaft muß zum Kern der künftigen Vereinigten Staaten von Europa werden.
- Die grundsätzliche Bereitschaft zu einer Öffnung der EG mit dem Ziel des Beitritts sowohl für Staaten der EFTA als auch für mittel- und osteuropäische Staaten sollte bereits in den Beschlüssen der laufenden Regierungskonferenzen der EG-Staaten bekräftigt werden.

  Die hochentwickelten EG- und EFTA-Staaten tragen gemeinsam Verantwortung für die Integration der Länder Ost- und Mitteleuropas.

  Dabei ist klar, daß ein solcher Ausbau der Gemeinschaft nur stufenweise und im Einklang mit der Entwicklung der Gemeinschaft und der betroffenen Staaten selbst erfolgen kann.
- Bereits heute sollte die EG den mittel- und osteuropäischen Ländern, die dies wünschen, weitreichende Assoziierungsabkommen mit folgenden Elementen anbieten:
  - Verankerung eines institutionalisierten politischen Dialogs,
  - asymmetrischer Abbau von Handelsbeschränkungen,
  - Freizügigkeit für Niederlassungen, Dienstleistungen, Kapitalverkehr,
  - umfassende Rechtsangleichung, wirtschaftliche, finanzielle und kulturelle Zusammenarbeit,
  - Perspektive späterer EG-Mitgliedschaft.

Die Chance, ein Europa zu schaffen, das auf demokratischen Grundwerten, auf einem gemeinsamen Wirtschaftsraum und auf föderativen Strukturen aufbaut, wird nur genutzt werden können, wenn die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in den Staaten Westeuropas sowie Mittel- und Osteuropas miteinander verträglich verlaufen.

Die tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen in den mittel- und osteuropäischen Staaten und in der Sowjetunion entstanden aus dem Bewußtsein zunehmenden ökonomischen Zurückbleibens der verwaltungswirtschaftlich-kommunistischen Staaten aufgrund einer wachsenden technologischen Lücke gegenüber den marktwirtschaftlich-demokratischen Staaten. In einer Welt mit globaler Informationsverbreitung wurde es möglich, daß jeder die unterschiedlichen freiheitsrechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in den einzelnen Ländern vergleichen kann.

Das führte in den östlichen, ehemals kommunistischen Staaten zu der Erwartungsperspektive, die für die gesellschaftlichen Verhältnisse in den westlichen, demokratischen Staaten realisiert und bereits konstitutiv ist: die wechselseitige Abhängigkeit von politischer Demokratie und wirtschaftlichem Wohlstand. Diese wechselseitige Abhängigkeit ist eine unverzichtbare Bedingung und damit Richtschnur des allgemeinen und wirtschaftspolitischen Handelns für eine gesamteuropäische Integration.

Die Entwicklung in der Sowjetunion und in den ost- und mitteleuropäischen Staaten seit 1985 zeigt, daß politische Reformen schneller und einfacher zu verwirklichen sind als Wohlstandssteigerungen. Die angestrebte Steigerung des Wohlstands ist nur im Rahmen übernationaler Verflechtungen möglich.

Der Weg zu einem gesamteuropäischen Wirtschaftsraum bedeutet

- zunehmende Verständigung über die Elemente einer gemeinsamen Wirtschaftsordnung, wozu das Dokument der Bonner Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa vom April 1990 die Grundlage bietet,
- Abstimmung zwischen den unterschiedlich intensiven Integrationsformen der europäischen Staaten,
- Verringerung des gefährlichen Wohlstandsgefälles in Gesamteuropa,
- Einordnung ganz Europas einschließlich der Sowjetunion in die Weltwirtschaft. Dazu bedarf es vor allem auch der sofortigen institutionellen Einbeziehung der Sowjetunion in die internationalen Wirtschaftsorganisationen, einschließlich ihrer Beteiligung an den Weltwirtschaftsgipfeln.

Die bisherigen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den mittel- und osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion bilden eine wichtige Grundlage für das künftige Verhältnis eines gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes zum großen Wirtschaftsraum Sowjetunion.

In der sich in den Reformstaaten herausbildenden gemischten Wirtschaftsordnung, in der Wettbewerb und staatliches Handeln zusammenwirken, müssen unternehmerisches Engagement am Markt und rechtlich gesichertes Privateigentum einerseits, staatliche Rechtsetzung, ökologische Gefahrenabwehr, sozialstaatlicher Ausgleich, leistungsfähige Infrastruktur und öffentliche Verwaltungen andererseits entwickelt und gefördert werden.

Der Rahmen für die Vermeidung ökologischer Gefahren, sozialer Diskrepanzen sowie ökonomischen Machtmißbrauchs muß gesamteuropäisch werden; globale Umweltkatastrophen, europaweite Armutswanderungen und multinationale Konzerne bestimmen andernfalls die gesamteuropäische Wirklichkeit.

Die notwendigen Wohlstandssteigerungen in diesen Staaten lassen sich für einen längeren Zeitraum nur durch deutlich höhere wirtschaftliche Wachstumsraten erreichen, als sie für die westeuropäischen Staaten zu erwarten sind. Die Wachstumspolitik dieser Staaten muß durch die europäische Wirtschaftspolitik unterstützt werden. Das bedeutet vor allem:

- Förderung der technologischen Entwicklung durch Transfer von technischem und organisatorischem Know-how sowie Hilfe bei der Qualifizierung,
- Absicherung privaten Kapitaltransfers,
- öffentliche Finanzhilfen für den Ausbau und die Modernisierung von Infrastruktur und öffentlicher Verwaltung,
- Schuldenerlaß bzw. günstige Umschuldung.

Um Massenarbeitslosigkeit, Armutswanderungen, wirtschaftliche und soziale Einbrüche zu vermeiden, bedarf die Integration der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften in den liberalisierten europäischen Markt der Abfederung. Radikale Handelsliberalisierung und zu schnelle Einführung der Währungskonvertibilität führen zur Gefahr von Lohneinkommensverlusten und der Abwanderung von Beschäftigten.

Nötig sind neben den wirtschaftlichen Hilfen die Stützung der Währungen durch die Bereitstellung von Währungsreserven und ein allmählicher Übergang zu voller Konvertibilität. Neue Formen regionaler Wirtschaftskooperation in den mittel- und osteuropäischen Staaten, die Abkommen mit der EG und Mitgliedschaft in den internationalen Wirtschaftsorganisationen begleiten diesen Weg institutionell.

Die wirtschaftliche Hilfe der EG für die mittel- und osteuropäischen Länder kann nur Teil der internationalen Hilfen sein, die allerdings – wie bereits im Rahmen der Gruppe von 24 westlichen Industrieländern – von der EG koordiniert werden sollten. Insbesondere auch die Hilfe für die Sowjetunion überfordert die westeuropäischen Länder. Sie muß im Rahmen aller westlichen Industrieländer, vor allem auch durch die USA, erfolgen.

V. So, wie sich die Gemeinschaft zu einer politischen Einheit zusammenschließt und eine gesamteuropäische Zusammenarbeit konkrete Formen anzunehmen beginnt, ergibt sich für die Parteien der europäischen Sozialdemokratie die Notwendigkeit, ihre Zusammenarbeit zu verstärken.

Die SPD strebt deshalb die Schaffung einer Europäischen Sozialdemokratischen Partei an. Diese Zusammenarbeit hat auch zum Ziel, die Sozialdemokratie in den mittel- und osteuropäischen Staaten zu stärken und so die Sozialdemokratie insgesamt zu einer starken politischen Bewegung in Gesamteuropa zu machen.

Ausgangspunkt für die Europäische Sozialdemokratische Partei soll der Bund der sozialdemokratischen Parteien in der EG sein, der derzeit das politische Koordinierungsorgan für die sozialdemokratischen Parteien der EG ist. Die Schaffung einer solchen Partei bedeutet allerdings einen qualitativen Sprung. Wir setzen uns ein für

- den Übergang zu Mehrheitsentscheidungen, statt des noch weitgehend gültigen Konsensprinzips;
- die Wahl von Delegierten zum Kongreß der Europäischen Sozialdemokratischen Partei in den nationalen Mitgliedsparteien,
- die Wahl des Vorstandes der Europäischen Sozialdemokratischen Partei auf dem Kongreß nach einem zwischen den Mitgliedsparteien zu vereinbarenden Schlüssel.

Verstärkte programmatische Übereinstimmung zwischen den Parteien und organisatorische Reformen genügen jedoch nicht, um das Funktionieren der Europäischen Sozialdemokratischen Partei zu sichern. Voraussetzung für ihre politische Wirksamkeit und Durchschlagskraft ist die Bereitschaft aller nationalen Mitgliedsparteien, zur Finanzierung der gemeinsamen Partei nach Kräften beizutragen; nur so kann sie ihre Aufgabe als gewichtiges politisches Entscheidungszentrum der europäischen Sozialdemokratie erfüllen.

Um die politischen Ziele der europäischen Sozialdemokratie zu verwirklichen, bedarf es enger Kontakte und gemeinsamer Aktionen mit der europäischen Gewerkschaftsbewegung; deshalb sollte auch eine ständige Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Sozialdemokratischen Partei und dem Europäischen Gewerkschaftsbund verwirklicht werden.

Die Europäische Sozialdemokratische Partei wird nur dann auf Zustimmung bei den europäischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stoßen, wenn sie die kulturelle Vielfalt, die unterschiedlichen geschichtlichen Traditionen und nationalen Erfahrungen berücksichtigt und ihre Aufgabe nach dem Prinzip der Subsidiarität wahrnimmt.

Herausgeber: Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Ollenhauerstraße 1, 5300 Bonn 1
Druck: Druckhaus Neue Presse Coburg
6-91—A1—20 Bestell-Nr.: 200 0084

Vernünftiger Umgang mit wertvollen Rohstoffen Recycling-Papier

Frieden und Abrüstung

DOKUMENTATIONSDIENST DER SOZIALDEMOKRATISCHEN "INITIATIVE FÜR FRIEDEN, INTERNATIONALEN AUSGLEICH UND SICHERHEIT" (IFIAS)

Die umwälzenden Veränderungen in der internationalen Politik haben in der NATO und bei den Vereinten Nationen die Notwendigkeit nach Reformen sichtbar werden lassen. Die außen- und Sicherheitspolitik in einem neuen Europa und im Verhältnis Nord-Süd könnte zum Schwerpunkt der innenpolitischen Diskussion in den kommenden Jahren werden.

In der SPD und bei vielen Initiativen und Gruppen hat diese Diskussion in den letzten Monaten bereits konkrete Formen angenommen. Der Schock des Golfkrieges mit seinen verheerenden Folgen für die Region, die Erfahrungen mit inhumanen Waffengeschäften und die leichtfertige wirtschaftliche Unterstützung von Diktatoren sind zu zentralen Themen geworden.

Mit der Vereinigung Europas und der Herausbildung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Gemeinschaft kommen neue Fragen nach der Rolle der Deutschen auf uns zu.

Um uns dafür zu wappnen, bieten wir ausführliche Hintergrundinformationen über die internationale Friedensdiskussion in Ost und West an, die für die Lösung der vor uns liegenden Ausgaben unentbehrlich sind. Frieden und Abrüstung sollte in jedem Unterbezirk verfügbar sein und ist natürlich auch jedem friedenspolitisch Interessierten in den Ortsvereinen zugänglich. Zugleich kann damit die Arbeit der IFIAS gefördert werden, damit unter dem Druck neuer Krisen das Friedensengagement nicht erlahmt.

Folgende Themenhefte können bezogen werden:

"Pulverfaß Persischer Golf", 80 S. 4.00 DM / "Giftgas Connection", 60 S. 5.00 DM / "Bundeswehr in Krisengebiete?", 50 S., 5.00 DM / "Europäisches Haus oder europäische Kaserne?", 70 S., 4.00 DM / "Der internationale Waffenhandel" 150 S., 10,00 DM / "Rüstungs- u. Sozialausgaben 1945 bis 1985", 60 S., 5,00 DM

Jahresabonnement 30,00 DM / Förderabonnement ab 50,00 DM

Zu beziehen über: Initiative für Frieden, Stralsunder Weg 50, 5300 Bonn 1

„Am Beginn einer neuen Zeit." Jetzt mitmachen!

Die monatlichen Beiträge sind

Monatsnettoeinkommen in DM								
600 bis 1200	1200 bis 1500	1500 bis 2000	2000 bis 3000	3000 bis 4000	4000 bis 7000	über 7000
5,–	6,– 7,–	8,– 9,– 10,– 11,–	12,– 15,– 20,– 25,– 30,– 35,– 45,–	50,– 60,– 70,– 80,– 100,–	120,– 150,– 200,– 250,–	400,–

Erläuterung:
Jedes Mitglied stuft sich im Rahmen der zutreffenden Gruppe selbst ein. Der jeweils festgesetzte Beitragswert stellt den errechneten Mindestbeitrag dar.

(2) Für Mitglieder ohne Einnahmen oder mit geringfügigem Einkommen beträgt der monatliche Beitrag 3,– DM.

Vom 1. 1. 1991 bis 31. 12. 1994 entrichten gemäß Beschluß des Berliner Parteitages (28. 9. 1990) alle Mitglieder einen Sonderbeitrag für den Auf- und Ausbau der Partei in den neuen Bundesländern, der zweckgebunden einem Fonds beim Parteivorstand zugeführt wird. Dieser Sonderbeitrag staffelt sich wie folgt:

Monatsbeitrag 3,– DM + 1,– DM Sonderbeitrag
Monatsbeitrag 5,– DM bis incl. 20,– DM + 2,– DM Sonderbeitrag
Monatsbeitrag über 20,– DM + 10 % Sonderbeitrag

Wer Steuern zahlt, erhält die Hälfte seines Parteibeitrages vom Finanzamt zurück.

Die Beiträge können bis zu 1200,– DM im Jahr (bei Ehepaaren zusammen bis zu 2400,– DM) – also bis zum Monatsbeitrag von 100,– DM (bzw. zusammen 200,– DM) – mit der Hälfte von der zu zahlenden Lohnsteuer/Einkommensteuer (Steuerschuld) direkt abgezogen werden (§ 34 g EStG).

Darüber hinausgehende Beiträge (und Spenden) können als Sonderausgaben geltend gemacht werden (§ 10 b EStG).

(Rückseite der Beitrittsanmeldung)

Die ausgefüllte Beitrittsanmeldung senden Sie bitte an die **nächste SPD-Geschäftsstelle.** Falls Ihnen die Adresse nicht bekannt ist (und auch im Telefonbuch nicht zu finden ist) senden Sie die Beitrittsanmeldung an:
Vorstand der SPD, Postfach 2290, W-5300 Bonn 1.

Beitrittsanmeldung SPD

Bitte in Druckschrift ausfüllen bzw. ☐ ankreuzen / ä, ö, ü, ß normal schreiben.

03 Name, Vorname

05 wohnhaft bei

07 Straße und/oder Postfach

09 Postleitzahl/Wohnort

Tel.: _____

füllt Unterbezirk aus

09 LPA	11 BEZ	13 UB	15 OV	17 RWK	LWK

23 Mitgliedschaft in Vereinen/Organisationen

frühere Parteimitgliedschaft von ____ bis ____

25 Gewerkschaft

27 Beschäftigt bei

29 Beschäftigungsverhältnis

☐ Angestellte(r) ☐ Soldat ☐ Auszubildende(r) ☐ Arbeitslose(r)
☐ Arbeiter(in)/Facharbeiter(in) ☐ Hausfrau/-mann ☐ Rentner(in)/Pensionär(in) ☐ Selbständig
☐ Beamter/Beamtin ☐ Schüler(in)/Student(in)

31 Beruf

33 Geburtstag ___.___.___ (Tag . Monat . Jahr)

35 Geschlecht ☐ weiblich ☐ männlich

37 Staatsangehörigkeit ☐ deutsch ☐ _____ (sonstige)

füllt Unterbezirk aus: 41 Zugangsart ☐ Eintrittsdatum ☐☐ . ☐☐ (Monat . Jahr)
= Startmonat bei Lastschrifteinzug

43 Beitrag (DM pro Monat) einschließlich Sonderbeitrag (siehe Rückseite) ___,___

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir *) die SPD widerruflich, den satzungsgemäßen Parteibeitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres *) Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

47 Einzugsrhythmus ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich

51 Bankleitzahl

Geldinstitut

53 Kontonummer

55 Kontoinhaber/in

Wenn mein/unser *) Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

*) Nichtzutreffendes streichen (Datum) (Unterschrift des künftigen Mitglieds)

Die Angaben werden unter Beachtung des Bundesdatenschutzgesetzes für die parteiinterne Mitgliederverwaltung erfaßt und verarbeitet.

„Am Beginn einer neuen Zeit."

Jetzt mitmachen!